

### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Danke schön. Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Sorge von der SPD.

### **Sorge für die Fraktion der SPD:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich könnte mir genauso vorstellen, daß an der Spitze dieses Amtes eine Frau stehen könnte, und sie würde sicher sehr viel Verständnis für die vielen Probleme und Konflikte, die sich aus der Entscheidung ergeben, Zivildienst zu leisten oder Wehrdienst zu leisten, haben, daß man diese lösen könnte.

Die SPD begrüßt den Antrag, einen Zivildienstbeauftragten einzusetzen. Mit der Schaffung eines Amtes eines Zivildienstbeauftragten wird die Position des Zivildienstes in unserem Lande gestärkt. Aber wenn seine Arbeit darauf beschränkt bleibt, die obliegenden Arbeiten des Ministers für Jugend und Sport auf dem Gebiet des Zivildienstes zu regeln, wird dieses Ziel nicht erreicht. Für diese Aufgabe würde ein Beamter genügen. Die SPD verbindet aber mit diesem Amt umfassendere Ziele und Aufgaben. Der Zivildienstbeauftragte sollte in erster Linie dafür da sein, Probleme und Konflikte, die bei der Entscheidung zum Zivildienst bzw. Wehrdienst bei den Jugendlichen auftreten, durch Aufklärung und durch Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der Jugendlichen und der Gesellschaft lösen zu helfen. Es handelt sich also um eine Arbeit im Dienst am jungen Bürger.

Der Jugendliche muß diese Frage in einem zukünftigen Gesamtdeutschland ohne Gewissensdruck lösen dürfen. Weiterhin geht es darum, die zugesicherten verfassungsmäßigen Rechte während des Zivildienstes zu sichern und zur Anwendung zu bringen. Es darf in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entstehen, daß Zivildienstleistende ihrer Bürgerpflicht nach Verteidigung nicht nachkommen und Drückeberger sind. In der Zivildienstordnung der DDR heißt es dazu:

„Der Zivildienst ist sozialer Dienst am Volk. Gibt es eine noch bedeutendere Arbeit in der Gesellschaft als diese?“

Mit dieser wichtigen Aussage wird der Zivildienst in seiner Zielstellung und Ausführung dem Dienst mit der Waffe zumindest gleichgestellt. Dies in der Öffentlichkeit immer wieder bewußt zu machen, sollte eine der vorrangigsten Aufgaben des Zivildienstbeauftragten sein.

Die Durchsetzung bzw. Einhaltung der Rechte und Interessen der Jugendlichen auf der einen Seite und die Lösung der dargestellten Aufgaben des Staates im Hinblick auf die Organisation und die Durchführung des Zivildienstes auf der anderen Seite verlangen vom Zivildienstbeauftragten viel Fingerspitzengefühl, Sachverstand und vor allem einen hohen Rechtsstatus.

Die Kommissionen des Zivildienstes in den Kreisen und Bezirken erhalten durch die Einrichtung dieses Amtes die Möglichkeit, auftretende Konflikte und Probleme in ihren Regionen mit Hilfe des Zivildienstbeauftragten rechtsstaatlich und schnell zu lösen.

All diesen Aufgaben kann nach Ansicht der SPD ein vom Ministerium berufener Zivildienstbeauftragter nicht gerecht werden. Die SPD schlägt deshalb vor, den Zivildienstbeauftragten vom Parlament wählen zu lassen. Damit würde in Bedeutung der großen Aufgaben der entsprechende Status des Zivildienstbeauftragten erreicht. Der Beauftragte würde damit in die Lage versetzt, seine Entscheidungen allein entsprechend seinem Gewissen und seinem Rechtsempfinden zu treffen, und nicht einem Ministerium verpflichtet sein.

Dem Parlament wäre damit die Möglichkeit gegeben, eine Kontrolle darüber auszuüben, ob die Rechte des Bürgers einerseits und die staatlichen Pflichten andererseits auf dem Gebiet des Zivildienstes zur Durchsetzung gelangen.

Mit der Entscheidung, einen parlamentarischen Zivildienstbeauftragten zu wählen, würde ein weiterer wesentlicher Schritt

zur Demokratisierung unseres Landes vollzogen werden. Die politischen und sozialen Rechte und Interessen unserer jungen Bürger fänden damit eine wesentliche Unterstützung und rechtliche Absicherung. Rechtswidrige Entscheidungen und einseitige Anordnungen blieben auf ein Minimum beschränkt. Die jungen Bürger unseres Landes hätten mit dem parlamentarischen Zivildienstbeauftragten einen unabhängigen Ansprechpartner, der zur rechtsstaatlichen Lösung aller Konflikte und Probleme der Jugendlichen verpflichtet ist. Wir könnten damit ein Signal für das einheitliche Deutschland geben.

Wir sind für die Überweisung der Anträge in die drei Ausschüsse: Jugend und Sport, Abrüstung und Verteidigung und Arbeit und Soziales.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Als nächstes hat das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Seifert.

### **Dr. Seifert für die Fraktion der PDS:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben schon sehr viel über die Bedeutung und die Aufgaben des Zivildienstbeauftragten gesagt. Ich möchte deshalb etwas prinzipieller zu der Rolle von Regierungsbeauftragten sprechen, die für bestimmte Bereiche, sei es Zivildienst, sei es für Gleichstellung, für Ausländerfragen, Menschen mit Behinderung, Soldaten oder ähnliches, eingesetzt werden könnten.

Wir halten das für wichtige, bürgernahe Bindeglieder zwischen dem Volk und der Regierung bzw. den Parlamenten auf allen Ebenen. Mit Hilfe eines kleinen Arbeiterteams können solche Regierungsbeauftragte neue Elemente bürgernahe Politik werden, da bei ihnen Querschnittsaufgaben zusammenfließen, die durch die Ressorts vieler Minister verlaufen. Deswegen ist es unseres Erachtens unumgänglich, diese Regierungsbeauftragten unbedingt direkt dem Ministerpräsidenten und analog auf allen Ebenen zu unterstellen.

In diesem Zusammenhang kann ich den Vorschlag der SPD sehr gut in dieses Konzept einordnen. Auch ich halte eine parlamentarische Wählbarkeit für sehr nützlich und sinnvoll. Das ist eine Frage, die in den Ausschüssen besprochen werden sollte. Ansonsten ist weder gewährleistet, daß diese Regierungsbeauftragten überhaupt Kenntnis von einem Vorhaben der Regierung erhalten, noch ist es möglich, daß sie rechtzeitig, das heißt vorbeugend, alle Vorlagen unter ihren jeweils spezifischen Aspekten beeinflussen können. Genau darum aber muß es bei diesen Beauftragten gehen. Sie müssen zu wichtigen Fachleuten werden, bei denen sich auch die Minister kompetente Auskunft holen, weil sie durch ihre Bürgernähe die Sorgen und Probleme der Bevölkerung gut kennen. Andererseits haben die Bürger, also die Menschen in diesem Lande, und deren Verbände in diesen Beauftragten direkte Ansprechpartner in der Regierung, die alle anderen zuständigen Fachbereiche direkt ansprechen können, was für den einzelnen Bürger oder auch einen Verband unter Umständen sehr schwierig ist.

Wir plädieren also für die Überweisung in die Ausschüsse und eine gründliche Beratung in Richtung auf die Veränderung des Status dieses Beauftragten und aller anderen Beauftragten, damit sie ihrer wirklich wichtigen, bürgernahen Funktion tatsächlich gerecht werden können. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen uns zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Das Präsidium schlägt...

Zur Geschäftsordnung, bitte schön.